

Ergebnisprotokoll
der 5. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 07.01.2016

Beginn: 15.30 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Frau Sprehe
Herr Crueger
Herr Senkal
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Strohmann
Herr Scharf

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Herr Bücking

Die Linke

Frau Bernhard

FDP-Fraktion

Herr Buchholz

II Verwaltung

Herr Dr. Sünneemann
Frau Zimmermann
Frau Windeler
Frau Prof. Dr. Reuther
Herr Polzin
Herr Viering
Frau Kamp
Herr Musiol
Frau Jüngst
Frau Nanninga
Herr Koch
Frau Behnken
Herr Eickhoff
Herr Tittmann
Frau Pieper
Herr Donaubaue

**Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr**

**ASV
BBN**

III Gäste

IV **Gastdeputierte**

Herr Senkal

Frau Schiemann

Herr Saffe

Frau Dr. Schaefer

Frau Dr. Schierenbeck (zeitweise)

SPD-Fraktion

SPD-Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet **Herr Senator Dr. Lohse**, dass aktuell die Zahlen der beantragten und genehmigten Wohneinheiten (WE) für 2015 vorliegen. In 2015 habe man die Zahl von 2.000 genehmigten WE überschritten. Über das Sofortprogramm Wohnungsbau würden darüber hinaus die Voraussetzungen für die Realisierung von weiteren 2000 WE und zusätzlich 3500 WE in Modulbauten geschaffen. Heute lägen sieben weitere Bebauungspläne vor, mit mindestens 700 bis 900 möglichen WE.

Frau Prof. Dr. Reuther stellt mittels einer Präsentation „Wachsende Stadt Bremen – Wohnungsbau“ in Planung befindliche und zukünftig zu entwickelnde Wohnungsbauflächen vor.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

TOP 9 wird um eine Sitzung vertagt, um dem Beirat Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: -Protokoll 19/3 der Sitzung am 05.11.2015)	
-------	---	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Bebauungsplan 2468 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Parallelweg, Holsteiner Straße, Eutiner Straße und Autobahnzubringer Überseestadt - erweiterter Planaufstellungsbeschluss - Absehen von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit - zweite öffentliche Auslegung -62-/-FB 01-	Vorlage 19/74
-------	---	------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Geltungsbereich des Planaufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplanentwurf 2468 vom 9. Oktober 2014 um das Teilgebiet B erweitert wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für den Teilbereich B des Bebauungsplanes 2468 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Parallelweg, Holsteiner Straße, Eutiner Straße und Autobahnzubringer Überseestadt (Bearbeitungsstand: 14.12.2015) von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen wird.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2468 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Parallelweg, Holsteiner Straße, Eutiner Straße und Autobahnzubringer Überseestadt (Bearbeitungsstand: 14.12.2015) mit der entsprechenden Begründung zu.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2468 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Parallelweg, Holsteiner Straße, Eutiner Straße und Autobahnzubringer Überseestadt (Bearbeitungsstand: 14.12.2015) einschließlich Begründung gemäß § 3 Absatz 2 BauGB (§ 13 Abs. 2 Nr. 2 in Verbindung mit § 4a Abs. 2 BauGB) öffentlich auszulegen ist (öffentliche Auslegung für Teilbereich B, zweite öffentliche Auslegung für Teilbereich A).

Einstimmig

TOP 5	Bebauungsplan 2461 für ein Gebiet in Bremen Osterholz zwischen Ehlersdamm, Holter Fleet und Am Großen Kuhkamp -Planaufstellungsbeschluss -Aufhebung des Planaufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan 2150 -Öffentliche Auslegung -61-/-FB 01-	Vorlage 19/88
--------------	---	------------------

Frau Dr. Schaefer regt an, grundsätzlich bei Planverfahren festzusetzen, dass als Ausgleichsmaßnahmen nur heimische Arten gepflanzt werden dürfen. Soweit möglich sollten bei Bauleitplanverfahren qualifizierte Grünordnungspläne erarbeitet werden.

Frau Staatsrätin Friderich nimmt diese Anregung für künftige Gespräche mit Bauträgern auf. Es sei bereits ein deutlicher Wandel zu spüren und das Thema stoße in der Regel auf offene Ohren. Dort wo es angemessen und sinnvoll sei, würden Grünordnungspläne erstellt werden. Es sei ein Thema der Innenentwicklung, ganz besonders auf die Freiflächenentwicklung und die dazu gehörige Grünordnung zu achten.

Herr Viering weist darauf hin, dass sich Festsetzungen zur Anpflanzung von heimischen Arten in vielen Bebauungsplänen finden, so auch in dem hier vorgelegten hinsichtlich der Pflanzung von Hecken.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für den Geltungsbereich des öffentlich auszulegenden Planentwurfes ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2461 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Ehlersdamm, Holter Fleet und Am Großen Kuhkamp (Bearbeitungsstand: 30.11.2015) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Planaufstellungsbeschluss der Deputation für Bau vom 7. Juni 2001 zum Bebauungsplan 2150 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Ehlersdamm (einschließlich), Holter Fleet, Posthauser Straße, Beim Rethpol, Am Großen Kuhkamp, Langwedeler Straße und Grundstück Ehlersdamm 256 aufgehoben wird und das entsprechende Bebauungsplanverfahren einzustellen ist.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2461 für ein Gebiet in Bremen Osterholz zwischen Ehlersdamm, Holter Fleet und Am Großen Kuhkamp (Bearbeitungsstand: 30.11.2015) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 6	Bebauungsplan 2459 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz, Ortsteil Blockdiek zwischen Ludwig-Roselius-Allee, westlich Krefelder Straße, Am Hallacker und dem Osterholzer Friedhof – Neuer Ellener Hof - Planaufstellungsbeschluss -61-/-FB 01-	Vorlage 19/93
--------------	--	------------------

Herr Bücking regt an, die Vorgaben im Planaufstellungsbeschluss als nicht zu starr zu betrachten. Im weiteren Verfahren könnte bspw. die Anzahl der geplanten WE im Ergebnis auch über 500 liegen. Weiter bittet er darum, den beigefügten Rahmenplan nicht als Grundlage, sondern als Anknüpfungspunkt für zukünftige städtebauliche Konzeption zu betrachten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Ludwig-Roselius Allee, westlich Krefelder Straße, Am Hallacker und dem Osterholzer Friedhof ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Einstimmig

TOP 7	Bebauungsplan 2480 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Zum Falsch, Thalenhorststraße, Eisenbahnstrecke Bremen Hannover, Mitteldorfer Straße und Auf dem Heid- kamp (östlich der Grundstücke mit den Hausnummern 1, 3, 5 und 5A) -Planaufstellungsbeschluss -61/-FB 01-	Vorlage 19/94
--------------	--	------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Zum Falsch, Thalenhorststraße, Eisenbahnstrecke Bremen-Hannover, Mitteldorfer Straße und Auf dem Heidkamp (östlich der Grundstücke mit den Hausnummern 1, 3, 5 und 5A) ein Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Einstimmig

TOP 8	Bebauungsplan 2440 für ein Gebiet in Bremen-Mitte, Ortsteil Altstadt zwischen - den Wallanlagen - der Schlachte und - dem Doventor - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft -63/-FB 01-	Vorlage 19/91
--------------	---	------------------

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplans 2440 für ein Gebiet in Bremen-Mitte, Ortsteil Altstadt zwischen den Wallanlagen, der Schlachte und dem Doventor (Bearbeitungsstand: 18.11.2015) abgesehen wird.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2440 für ein Gebiet in Bremen-Mitte, Ortsteil Altstadt zwischen den Wallanlagen, der Schlachte und dem Doventor (Bearbeitungsstand: 18.11.2015).*

Einstimmig

TOP 9	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 99 für die Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen Altstadt an der Wilhelm-Kaisen-Brücke zwischen Weser und Martini- straße -Planaufstellungsbeschluss -Öffentliche Auslegung -63-/-FB 01-	Vorlage 19/92
--------------	--	------------------

-vertagt-

TOP 10	Bebauungsplan 2456 für ein Gebiet in Bremen – Obervieland zwischen Staustraße, Habenhauser Deich und Habenhauser Dorfstraße - Absehen von erneuter öffentlicher Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft -64-/-FB 01-	Vorlage 19/95
---------------	--	------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes 2456 für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Staustraße, Habenhauser Deich und Habenhauser Dorfstraße (Bearbeitungsstand: 08.12.2015) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2456 für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Staustraße, Habenhauser Deich und Habenhauser Dorfstraße (Bearbeitungsstand: 08.12.2015).

Einstimmig

TOP 11	Bebauungsplan 1559 für ein Gebiet in Bremen - Vegesack - nördlich der Eisenbahnlinie Farge-Vegesack - östlich angrenzend an die Kleingartensiedlung Am Becketal - südlich der Straße Am Becketal - westlich Schollenweg (Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung, Bericht der Deputation) -BBN-	Vorlage 19/85
---------------	---	------------------

Frau Dr. Schaefer erklärt, dass ihre Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Gleichwohl weist sie darauf hin, dass viele Anwohnerinnen und Anwohner sich gewünscht hätten dass nur die bereits versiegelten Flächen bebaut würden und eben nicht die bisher frei gebliebene Koppel.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans 1559 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack nördlich der Eisenbahnlinie Farge-Vegesack, östlich angrenzend an die Kleingartensiedlung Am Becketal, südlich der Straße Am Becketal und westlich Schollenweg (Bearbeitungsstand 11.11.2015) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum Bebauungsplan 1559 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack nördlich der Eisenbahnlinie Farge-Vegesack, östlich angrenzend an die Kleingartensiedlung Am Becketal, südlich der Straße Am Becketal und westlich Schollenweg (Bearbeitungsstand 11.11.2015).

Einstimmig

TOP 12	KLimaAnpassungsStrategie Extreme Regenerenisse (KLAS) – Ergebnisbericht und Projektfortführung -33-	Vorlage 19/51
--------	---	------------------

Herr Koch und Frau Behnken präsentieren die wesentlichen Inhalte der Vorlage und des Projektes.

Herr Crueger fragt nach weiteren möglichen Bereichen, die angepasst werden könnten und wie man die verschiedenen städtebaulichen Situationen individuell aufgreifen könne.

Herr Koch berichtet, dass man in enger Abstimmung mit der Stadtplanung aber auch mit dem ASV sei. Beispielsweise sei KLAS eingebunden in das Stadtplanungsprojekt Gartenstadt Werdersee und auch beim Hulsberg Viertel. Ebenso bei den Planungen der Umbaumaßnahmen in der Bürgermeister-Spitta-Allee. Ziel sei, dass die Einbindung institutionalisiert werde und das Thema grundsätzlich dort, wo es auch notwendig sei, Berücksichtigung finde. Man könne aber die Auswirkungen von Starkregenereignissen nicht komplett verhindern, sondern nur mindern.

Frau Dr. Schierenbeck begrüßt, dass das Projekt nun weiter laufe. Es sei sinnvoll, dass dies in Kooperation mit der Gesamtstrategie zur Klimaanpassung erfolge. Dieser Bericht mache sehr deutlich, dass Grünflächen und Dachbegrünungen eine wichtige Funktion in der Vorsorge vor den Auswirkungen von Starkregenereignissen haben.

Frau Bernhard möchte wissen, welche Aussicht der geplante Antrag auf Förderung habe.

Herr Koch erklärt, dass das Projekt in Gänze betrachtet werden müsse. Es laufe von 2012 bis 2019. In der Summe betrage die Förderquote 65%. Alle Ergebnisse kämen der Freien Hansestadt Bremen zugute. Die Vorprüfung des Projektantrags beim Bundesumweltministerium sei positiv beschieden worden. Der Antrag wurde nur deswegen verschoben, weil die Zukunft der Bremer Umweltberatung unklar war und werde jetzt neu eingereicht werden. Aufgrund der positiven Vorprüfung gehe man davon aus, dass er in diesem Jahr positiv beschieden werde.

Herr Senator Dr. Lohse ergänzt, dass ein klassisches Entwicklungsprojekt wie dieses durch einen thematischen Gegenstand, einen Anfang und ein Ende gekennzeichnet werde. Die neue Aufgabenstellung, die aufgrund der klimatischen Veränderungen auf uns zukomme werde in diesem Projekt mit Instrumentarien versehen, die in das Routinehandeln der Verwaltung übergehen sollten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Ergebnisbericht zur Kenntnis und stimmt der Projektfortführung und der Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 13	Städtebauförderung im Programmgebiet Huchting: Ausstattung des Neubaus des Bürger- und Sozialzentrums (BuS) als zentrales Quartierszentrum sowie Außenanlagen- neugestaltung aus Mitteln des Programms „Soziale Stadt“ -72-	Vorlage 19/44
---------------	--	------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der vorgelegten Planung zur Ausstattung des Bürger- und Sozialzentrums sowie zur anteiligen Freiflächengestaltung in Huchting für die beschriebenen Zwecke sowie der anteiligen Finanzierung in Höhe von 703.200,- € aus dem Programm „Soziale Stadt“ zu.

Einstimmig

TOP 14	Bau der Recycling-Station Borgfeld -2-	Vorlage 19/80
---------------	---	------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 15	Berichte der Verwaltung	
TOP 15a)	Wechsel der Zuständigkeit für den Aufgabenbereich Landwirtschaft vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zum Senator für Umwelt, Bau und Verkehr -3, 1 -	BdV L/S schriftlich

Siehe auch Protokoll der 5. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 07.01.2016

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 15b)	Verbesserungen Radroute Innenstadt - Universität - ASV -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Herr Saxe begrüßt, dass es gelungen sei, die Radpremiumroute Universität umzusetzen und noch weitere Radpremiumrouten im Rahmen des VEP zu beschließen. Man habe nun erste Erfahrungen und es sei im Sinne eines selbst erklärenden Straßenraumes erforderlich, dass alle Verkehrsteilnehmer die dort geltende Bevorrechtigung auch erkennen können. Insofern sei eine Beschilderung der Radpremiumroute in Zukunft notwendig. Die „grünen Welle“ in der Rembertstraße funktioniere noch nicht, dem werde man sich noch inhaltlich widmen müssen.

Gleichberechtigung der Verkehrsarten bedeute, dass es auch für den Radverkehr eine grüne Welle geben dürfe. Das Hauptproblem sei die Einschränkung der Fahrradstraße in der Parkallee durch parkende Fahrzeuge, dadurch komme es zu Gefährdungen.

Der Unfallschwerpunkt Stern müsse so schnell wie möglich entschärft werden.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass die Beschilderung von Fahrradstraßen einheitlich für Bremen erfolgen sollte, was noch erarbeitet werden müsse. Es sei geplant, dass sich das einzusetzende „Team Nahmobilität“ auch mit solchen Fragen beschäftigen solle. Hinsichtlich des Parkens in der Parkallee werbe das Ressort beim Beirat darum, dass man sich auf eine gemeinsame Maßnahme verständige. Die Umgestaltung des Stern verzögere sich aufgrund der haushaltslosen Zeit.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 15c)	Sachstand zum Bauprojekt Fichtenhof in St. Magnus - BBN-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Frau Neumeyer möchte wissen, wer über die Weiterführung des Bauleitplanverfahrens entscheide. Sie habe die Information, dass der Investor bereits eine andere Planung entwickle, er habe den bisherigen Antrag aber nicht zurückgezogen.

Frau Dr. Schaefer erinnert daran, dass es eine Auflage der Deputation war, dass der Investor das Gespräch mit den Anwohnerinnen und Anwohnern suchen solle, um im Konsens mit diesen die Planung zu ändern. Ihrer Meinung nach wollte der Investor, wenn er keine Zustimmung der Deputation erhalte, auf der Grundlage des geltenden Planungsrechts bauen, was auch ein geringeres Bauvolumen mit sich gebracht hätte. Sollte der ursprüngliche Plan immer noch Grundlage sein, dann sollte die Deputation einen entsprechenden Beschluss fassen, um das Verfahren aufzuheben.

Herr Donaubauer berichtet, dass im Frühjahr letzten Jahres über die Auslegung hätte beschlossen werden sollen. Es habe aber einen großen Dissens zwischen der Anliegerschaft und dem Investor über die Größe dieses Projekts gegeben. Da der Eigentümer inzwischen alternativ eine Planung zur Flüchtlingsunterbringung auf dem Grundstück angekündigt habe, sei er um eine Antragsrücknahme gebeten worden. Diese sei bisher ausgeblieben, es habe aber Gespräche im Sinne der im BdV erwähnten Projektentwicklung gegeben.

Frau Neumeyer stellt fest, dass dem Investor Bescheid gegeben werden müsse, wenn der vorhabenbezogene Bebauungsplan nicht weiter verfolgt werden solle.

Herr Pohlmann hält es für eine beiderseitige Aufgabe, sowohl beim BBN als auch beim Investor, aufeinander zuzugehen und diese Frage zu klären. Der Deputation solle über ein Ergebnis der Gespräche berichtet werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 15d)	Sachstand zum Bebauungsplan 1274, Alte Stadtgärtnerei (Billungstraße) -BBN-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

tung zur Kenntnis.

TOP 15e)	Einfahrt in die Unterführung zum sog. Flyover - ASV -	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 15f)	Neubau der Recycling-Station Hohentor -252-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 15g)	Projekt zur Neuorganisation der Abfallentsorgung und Straßenreinigung/Winterdienst ab dem Jahr 2018 (NAS2018) - 25 -	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Staatsrat Meyer berichtet, dass die Neuorganisation Abfallentsorgung und Straßenreinigung mit dem Auslaufen der entsprechenden Verträge 2018 anstehe. Der Bürgerschaftsbeschluss sehe vor, eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) zu errichten mit Beteiligung an einer oder mehrerer Gesellschaften sowohl für den Abfall als auch für die Straßenreinigung. Die Herausforderung liege dabei insbesondere in der zeitlichen Umsetzung.

Frau Dr. Schaefer führt aus, dass neben der Frage, ob eine AöR neu gegründet oder ob der UBB in eine AöR umgewandelt werde, zu berücksichtigen und zu klären sei, was dann mit dem Grünpflegebereich passiere. Die Stadtentwässerung gehöre zu dem Themenkomplex mit dazu und dürfe nicht vergessen werden.

Hinsichtlich der Frage, ob die Stadt an der künftigen AöR eine Mehrheits- oder eine Minderheitsbeteiligung haben solle, seien jeweils die Vor- und Nachteile abzuklären. Politische Entscheidung sei auch gewesen, dass es mehr kommunalen Einfluss bei der Abfallentsorgung geben solle. Sie erwarte, dass die Deputation kontinuierlich, auch über Zwischenergebnisse, informiert werde.

Herr Strohmann fragt nach dem Erfordernis einer europaweiten Ausschreibung.

Frau Bernhard geht davon aus, dass eine Entscheidung über eine Beteiligung der Stadt in Höhe von 25 % bereits gefallen sei. Eine Minderheitsbeteiligung werde der Stadt Bremen nach wie vor keine großen Einflussmöglichkeiten sichern. Rekommunalisierung stelle sie sich anders vor. Die Vor- und Nachteile einer Mehrheits- oder Minderheitsbeteiligung würden gar nicht mehr reflektiert.

Herr Staatsrat Meyer antwortet, dass ihm keine Festlegung auf 25 % bekannt sei. Natürlich würden im Rahmen des Projektes die Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten betrachtet, sowohl was die Höhe einer Beteiligung angehe, als auch hinsichtlich der organisatorischen Anbindung.

Das Thema Abwasser sei bereits mitgedacht worden. Der Vertrag mit hanseWasser über Abwasser laufe 2028 aus. Es sei daher geplant, dass das neue Modell im Bereich der Abfallentsorgung und der Straßenreinigung ebenfalls bis 2028 laufen solle, um dann eine weitergehende Rekommunalisierung beider Bereiche zu prüfen.

Selbstverständlich müsse gleichzeitig mit der Entscheidung, wie eine AöR gegründet werde, aus dem UBB heraus oder durch eine Trennung vom UBB, im zweiten Fall sofort die Frage beantwortet werden, was mit dem Grün- und Friedhofsbereich passiere.

Frau Nanninga erklärt, dass die AöR sicher eine Beteiligung an einer privaten Gesellschaft haben werde und wenn zwischen der AöR und dieser privaten Gesellschaft eine Leistungsbeziehung bestehe, müsse dieser Leistungsvertrag auch europaweit ausgeschrieben werden. Dies sei im Zeitplan berücksichtigt worden. Der Zeitplan sei ambitioniert, es sei vorgesehen, die Deputation in diesem Jahr noch fünfmal mit verschiedenen Themen zu begrüßen. Sie bietet an, für die Deputierten darüber hinaus weitere Infotermine durchzuführen.

Herr Pohlmann schlägt vor, dass die Fraktionen über dieses Angebot beraten und zurückmelden, ob eine Teilnahme auch sichergestellt werden kann.

Herr Staatsrat Meyer ergänzt, dass das Informationsangebot auch gegenüber den Betriebsräten von ENO und Nehlsen ausgesprochen wurde. Mit diesen stehe das Ressort in Kontakt, es gäbe regelmäßig Treffen mit ver.di und die Personalvertretungsgremien von SUBV und UBB, seien strukturell in das Projekt in den entsprechenden Arbeitsgruppen eingebunden.

Frau Dr. Schierenbeck fragt, ob auch die Müllverbrennung 2018 neu ausgeschrieben werde.

Herr Staatsrat Meyer bejaht dies. Allerdings erfolge dies nicht im Rahmen dieses Projektes.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 15h)	Entwicklung der Fahrgastzahlen der Linie 4 -5-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Strohmann möchte wissen, ob bei den Straßenbahnprojekten Linie 1 und 8 in Huchting und Querverbindung Ost mit ähnlichen Konkurrenzen durch Buslinien zu rechnen sei.

Herr Polzin antwortet, dass davon nicht auszugehen sei. Die Linie 55, die von Huchting aus bis zum ZOB nach Stuhr fahre, werde von der BSAG betrieben und eingestellt, wenn die Linie 8 auf der BTE Strecke in Betrieb genommen werde.

Frau Sprehe sieht die Fahrgastzahlen durchaus auch positiv. Über 3100 Fahrgäste aus Niedersachsen würden auf das Auto verzichten und den ÖPNV benutzen anstatt durch fließenden und auch ruhenden Verkehr die Stadt zu belasten. Sie möchte wissen, ob Möglichkeiten angedacht seien, um die Fahrgastquote weiter auf den Prognosewert von 4.800 zu erhöhen, wie z.B. häufigere Fahrten der Linie 4 S zu bestimmten Zeiten. Der P&R Parkplatz in Falkenberg scheine nicht auszureichen, aber ohne die Möglichkeit, ihr Auto auf dem P&R Parkplatz abzustellen, würden keine neuen Fahrgäste für die Linie 4 gewonnen werden können. Sie stellt richtig, dass Sie entgegen der Radiomeldungen nicht gefordert habe, die Regionalbuslinien einzustellen. Sie sollten aber möglichst in Falkenberg enden, damit dort ein Umstieg auf die Straßenbahn erfolgen könne. Gerade im Berufsverkehr sei eine häufigere S- Anbindung attraktiv. Davon profitierten alle, auch das niedersächsische Umland. Selbstverständlich müssten für alle diese Maßnahmen, wie auch eine verbesserte Tarifstruktur oder den Ausbau der P&R Parkplätze auch die niedersächsischen Umlandgemeinden ihren Beitrag leisten.

Herr Senator Dr. Lohse erläutert die beiden Gesprächsebenen mit Niedersachsen, einmal den Verkehrsverbund über den ZVBN, aber auch den Kommunalverbund Bremen Niedersachsen. Über die konkurrierenden Angebote der Buslinien werde man im ZVBN sprechen müssen. Die Frage des P&R Parkplatz Falkenberg werde er weitergeben, damit diese im Kommunalverbund besprochen werden könne.

Herr Polzin ergänzt, dass die Gemeinde Lilienthal die Auffassung teile, dass die P&R Parkplätze zum Teil sehr gut bis voll ausgelastet seien und über Ausweitungen nachdenke. Das Thema Regionalbusse könne im nächsten Nahverkehrsplan aufgegriffen werden, der turnusgemäß in 2017 vorgelegt werde.

Ein weiteres Thema, das bearbeitet werde, sei die tarifliche Frage nach einem Kurzstreckentarif zwischen Lilienthal und Borgfeld, ein sehr sensibles Thema, weil es Tarifzongrenzen be-

rühre. Die Regionalbusse seien auch deshalb sehr attraktiv, weil sie eine direkte Anbindung der Universität an die Umlandgemeinden darstellen. Auch dies sei zu berücksichtigen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 15j)	Neue Wohnbauflächen an der Diedrich-Wilkens-Straße - 61 -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Herr Crueger möchte wissen, ob eine übergangsweise Nutzung der Fläche mit Mobilbauten neben der geplanten Kita funktionieren könne.

Frau Dr. Reuther bejaht dies grundsätzlich.

Herr Viering erklärt, dass der Bericht auf eine Kritik des Rechnungshofs zurückgehe. Die Vermarktung der Fläche war bisher nicht erfolgreich gewesen. Nun habe man das angesprochene Nutzungsspektrum im Fokus. Es werde geprüft, ob der bestehende Bebauungsplan angepasst werden müsse. Diese unterschiedlichen Nutzungen können dort aber untergebracht werden. Das Geruchsgutachten werde vorsorglich aktualisiert, um Rechtssicherheit zu haben.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 16	Verschiedenes	
---------------	----------------------	--

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Sachstand Planung Kita im Mühlenviertel	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Dr. Schierenbeck	Geplant am 11.02.2016
Sachstandsbericht zur geplanten Integration des Fährverkehrs auf der Weser in den ÖPNV/VBN	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Sprehe	Geplant am 11.02.2016

Herr Pohlmann schließt die 5. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

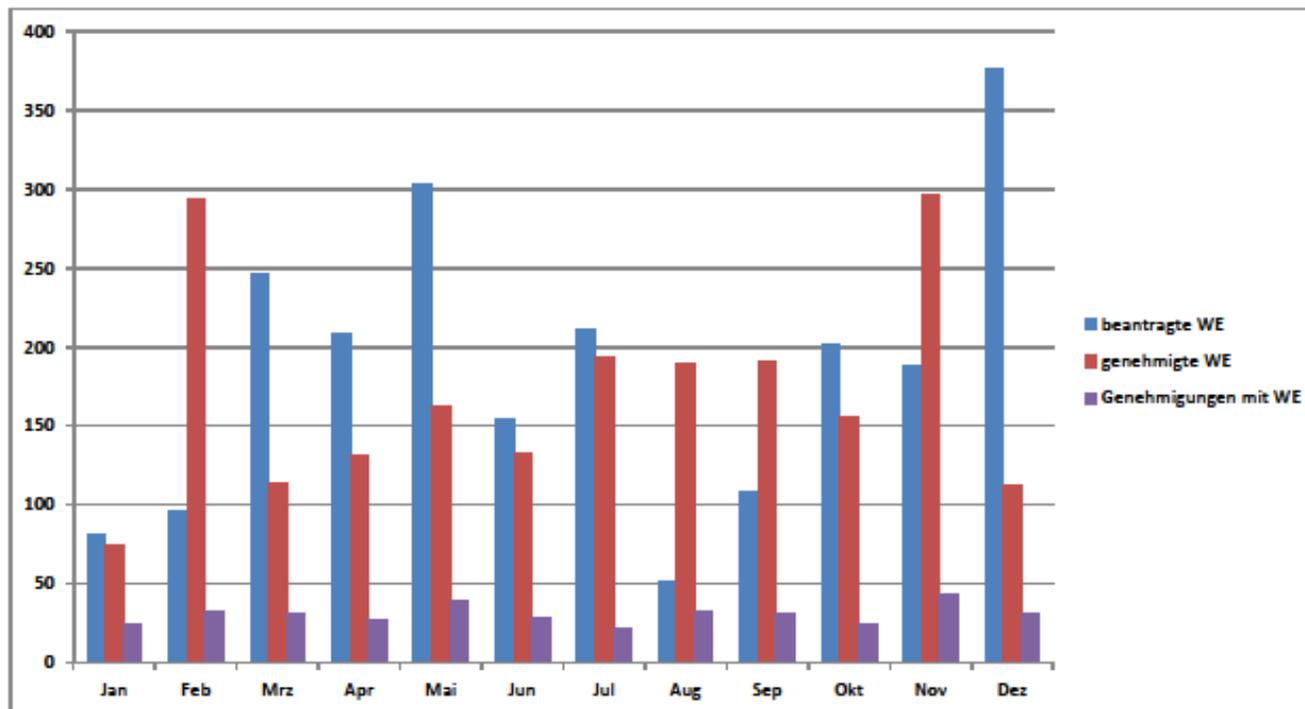
Protokoll

65
Agatz

Monatsübersicht 2015
Beantragte und genehmigte Wohneinheiten
in Bremen

Bremen, den 06.01.2016

	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Summe
beantragte WE	82	96	247	208	303	155	211	51	109	202	188	376	2228
genehmigte WE	74	294	114	131	163	133	194	190	191	156	296	112	2048
genehmigte WE (Quelle: StaLa)	109	282	121	108	136	148	192	294	338	181			1909
Genehmigungen mit WE	25	32	31	27	39	29	22	32	31	25	44	31	368



653
Wolf

Beantragte und genehmigte Wohneinheiten
in Bremen

Bremen, den 06.01.2016

	2008	2009	2010	2011	*2012	2013	2014	2015
beantragte WE	1312	1554	1357	1325	1632	1829	2173	2228
genehmigte WE	1056	1490	892	1283	1361	1618	1722	2048
Genehmigungen mit WE	279	289	280	332	410	411	393	368

*ab 04/12 mit Bremen-Nord

